



2026/13 Hintergrund

<https://jungle.world/artikel/2026/13/wem-gehört-der-meeresboden>

Rohstoffvorkommen am Grund des Pazifik

Wem gehört der Meeresboden?

von **Sebastian Mohr**

Auf dem Grund des Pazifik finden sich große unerschlossene Rohstoffvorkommen. In drei abgelegenen US-amerikanischen Außengebieten kommt es deshalb bereits zu Konflikten um die mineralische Exploration.

Der Meeresboden des Pazifik gilt als eine der größten bislang kaum erschlossenen Rohstoffregionen der Erde. In mehreren Tausend Metern Tiefe liegen Manganknollen mit Mangan, Kobalt, Nickel und Kupfer – Metalle, die für Batterien, Elektronik und militärische Hochtechnologie gebraucht werden. Zudem finden sich kobaltreiche Krusten in unterseeischen Gebirgen sowie metallhaltige Ablagerungen an sogenannten Schwarzen Rauchern, hydrothermalen Quellen in der Tiefsee, die aus einer Art Schornstein bis zu 400 Grad Celsius heiße, metallhaltige Lösungen ausstoßen.

Die Frage, ob und wie diese Ressourcen künftig genutzt werden sollen, wird weltweit immer intensiver diskutiert. Worum es dabei geht, wird derzeit in drei abgelegenen US-amerikanischen Außengebieten deutlich: Guam, den Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa. Dort geht es nicht nur um Rohstoffvorkommen in Meeresgebieten unter US-amerikanischer Hoheitsgewalt, sondern um eine grundsätzliche politische Frage, an der sich ein Konflikt anzündet: Wer entscheidet über die Zukunft des Ozeans, die Menschen an Ort und Stelle oder die Regierung in Washington, D.C.?

Inselbewohner nutzen Elektrofahrzeuge, um weniger Treibhausgase auszustoßen, aber die Angst vor dem Tiefseebergbau wächst, denn die Metalle für Batterien könnten künftig am Meeresboden geschürft werden.

Eine Region ohne Stimme

Guam, das Commonwealth der Nördlichen Marianen (CNMI) und Amerikanisch-Samoa gehören zu den sogenannten unincorporated territories der Vereinigten Staaten. Ihre Einwohner besitzen je unterschiedliche politische Rechte, doch eines verbindet sie: Sie haben nur sehr begrenzten Einfluss auf Entscheidungen des US-amerikanischen Kongresses.

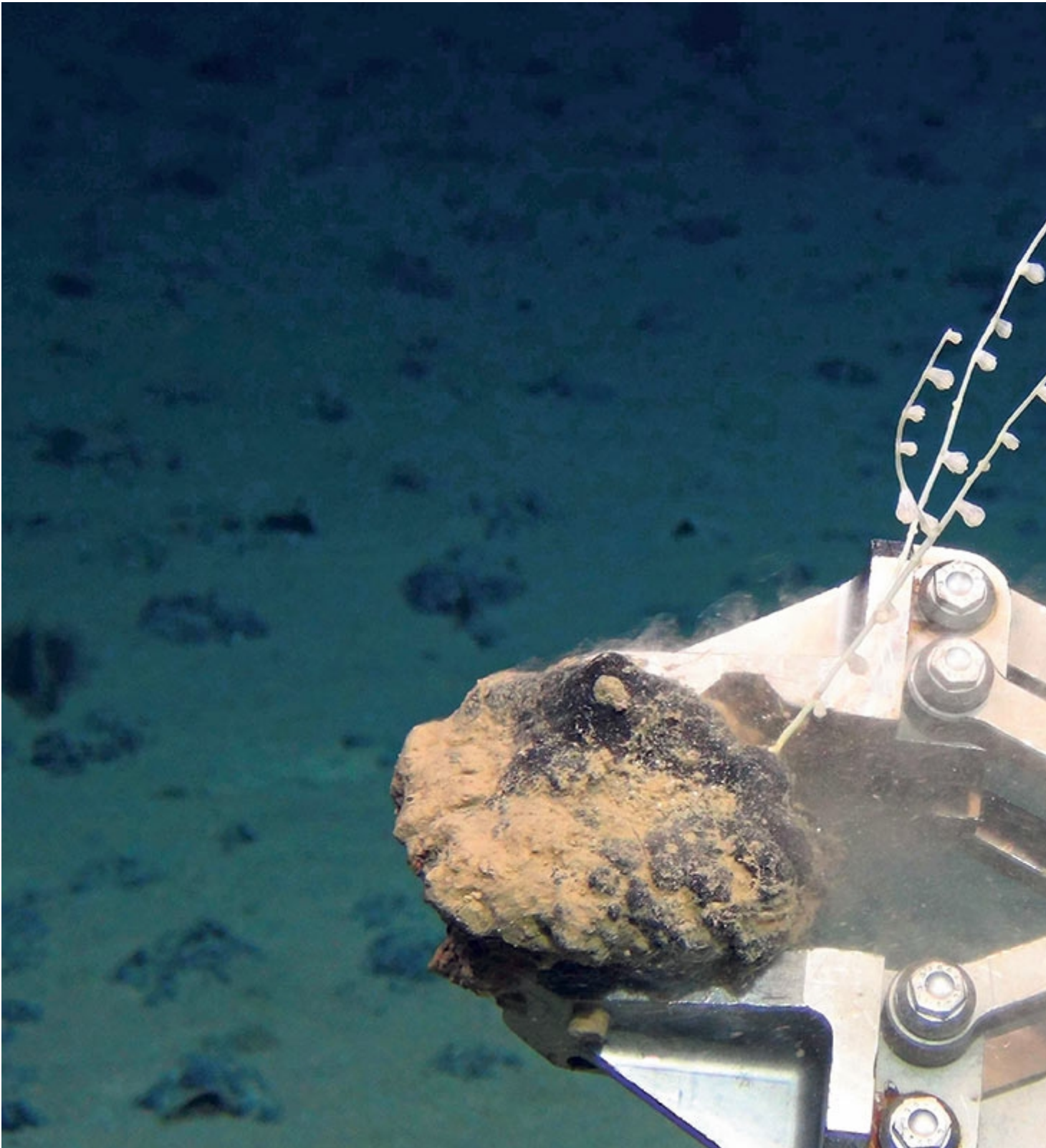
Guam, eine Insel mit rund 170.000 Einwohnern, etwa 2.500 Kilometer östlich der Philippinen und knapp 6.000 Kilometer westlich von Hawaii gelegen, ist seit 1898 US-amerikanisches Territorium und beherbergt einen der wichtigsten Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten im westlichen

Pazifik. Die Bewohner sind US-Bürger, können jedoch nicht an Präsidentschaftswahlen teilnehmen und haben im Kongress nur einen Delegierten ohne Stimmrecht. Strategisch gilt Guam als wichtiger Vorposten der USA im westlichen Pazifik und bildet zusammen mit den Nördlichen Marianen einen Teil der sogenannten zweiten Inselkette, die in US-amerikanischen Verteidigungsplanungen gegen China eine wichtige Rolle spielt.

Die Nördlichen Marianen liegen wenige Hundert Kilometer nördlich von Guam und bilden ein eigenes Commonwealth mit rund 50.000 Einwohnern. Auch sie gehören politisch zu den Vereinigten Staaten, verfügen jedoch über begrenzte Autonomie. Anders als Guam, das nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg direkt an die USA fiel, durchliefen die Marianen eine kompliziertere Kolonialgeschichte: Spanien verkaufte die Inselgruppe 1899 an das Deutsche Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg gelangten sie unter japanische Verwaltung, bevor sie im Zweiten Weltkrieg von den USA erobert wurden. Insbesondere die Insel Saipan spielte dabei eine zentrale Rolle. Von der benachbarten Insel Tinian starteten 1945 US-amerikanische Bomber zu den Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki. Erst in den siebziger Jahren entstand das heutige politische Verhältnis der Nördlichen Marianen zu den Vereinigten Staaten im Rahmen eines Commonwealth-Status.

Noch eigener ist der Status von Amerikanisch-Samoa im Südpazifik: Die rund 45.000 Einwohner gelten lediglich als U.S. nationals. Sie besitzen damit weniger Rechte als Bürger der Vereinigten Staaten. Das Territorium entstand 1899 aus der Teilung der Samoa-Inseln zwischen den USA und dem damaligen Deutschen Kaiserreich; die östlichen Inseln wurden anschließend schrittweise von lokalen Chiefs an die Vereinigten Staaten abgetreten. Bis heute prägt die traditionelle soziale Ordnung des Fa'a Sāmoa, mit einflussreichen Familienverbänden und Chiefs, die Politik und Gesellschaft des Territoriums.

In allen drei Territorien liegt die Entscheidungsgewalt über entscheidende politische Fragen letztlich beim US-Kongress, was im US-amerikanischen Recht als plenary power bezeichnet wird.



Tiefseeroboter birgt Manganknolle. Untersuchung der Bergbauauswirkung in der Clarion-Clipperton-Zone

BILD:

WIKIPEDIA / ROV-TEAM / GEOMAR / CC BY 4.0

Rohstoffe als strategische Ressource

Das Interesse der US-amerikanischen Regierung am Meeresboden hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Hintergrund sind wachsende Sorgen über die Verlässlichkeit globaler Lieferketten für sogenannte kritische Mineralien.

Die US-Regierung argumentiert daher immer stärker mit der nationalen Sicherheit, insbesondere im Kontext bestehender oder drohender Abhängigkeit von China bei diesen Mineralien. Das Bureau of Ocean Energy Management prüft derzeit Möglichkeiten, große Flächen des Meeresbodens östlich der Marianen für die mineralische Exploration zu öffnen.

Dabei geht es um ein weitläufiges Meeresgebiet östlich der Marianen, das sich über mehrere Hunderttausend Quadratkilometer erstrecken könnte. Unternehmen und Regierungsbehörden sehen in der Region eine der größten potentiellen Quellen für strategisch wichtige Metalle, die unter US-Zugriff steht. Viele Inselbewohner betrachten diesen Vorstoß jedoch als voreilig.

Die Kritik organisiert sich

Auf Guam haben sich politische Vertreter ungewöhnlich geschlossen gegen die Pläne gestellt. Gouverneurin Lou Leon Guerrero von der Demokratischen Partei erklärte, der Ozean sei »Lebensgrundlage, Erbe und Verantwortung zugleich«. Ohne klare wissenschaftliche Erkenntnisse über die Folgen könne man keine industrielle Nutzung unterstützen.

Der stellvertretende Gouverneur Joshua Tenorio warnte, die zuständigen Bundesbehörden gingen zu schnell vor. Ihn beunruhigt, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und gleichzeitig Konsultationen mit den Lokalregierungen der Territorien verknüpft werden könnten.

Solche Aussichten haben auf der Insel Proteste ausgelöst. Umweltgruppen und Kritiker befürchten, dass der Tiefseebergbau irreversible Schäden an empfindlichen Ökosystemen verursachen könnte, zum Beispiel durch Sedimentwolken oder Lärm in bislang kaum erforschten Tiefseehabitaten. Unweit von Guam liegt der Marianengraben, der tiefste bekannte Punkt der Erde. Die Region gilt als eines der letzten weitgehend unerforschten Ökosysteme des Planeten.

In den vergangenen Monaten haben zivilgesellschaftliche Gruppen begonnen, sich stärker zu organisieren. Umweltorganisationen und lokale Initiativen aus mehreren US-Territorien begannen Online-Petitionen und Informationskampagnen gegen etwaige Explorationsprogramme.

Nach Angaben von Aktivisten haben bereits mehrere Tausend Menschen aus Guam, den Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa entsprechende Aufrufe unterzeichnet. Sie warnen davor, dass Entscheidungen über den Meeresboden getroffen würden, ohne die davon betroffenen Gruppen in den Territorien ausreichend einzubeziehen. Für viele Inselbewohner hat der Ozean nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Bedeutung. Gleichzeitig spiegelt der Aufruf den sich verschärfenden Widerspruch zwischen globaler Nachfrage nach kritischen Mineralien und lokalem Umweltschutz wider.

Ein besonders anschauliches Beispiel dafür zeigt sich auf Guam: Immer mehr Inselbewohner nutzen Elektrofahrzeuge, um weniger Treibhausgase auszustoßen. Gleichzeitig wächst die Angst vor dem Tiefseebergbau, denn die Metalle für Batterien könnten künftig direkt am Meeresboden geschürft werden – ein Eingriff, der empfindliche Ökosysteme bedroht. Lokale Autohändler

betonen, dass sie saubere Mobilität förderten, ohne die Umwelt zu gefährden.

Die internationale Rivalität im Pazifik wächst. Sogenannte kritische Mineralien gelten inzwischen als strategische Ressource, deren Kontrolle immer wichtiger wird.

Gemeinsame Front der Territorien

Bemerkenswert ist vor allem, dass sich diesmal mehrere US-amerikanische Pazifik-Territorien gleichzeitig gegen ein Bundesvorhaben stellen. Vertreter aus Guam, den Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa kritisieren, dass ihre Einwände bei der Regierung und im Kongress kaum Gewicht hätten.

Unterstützung erhält diese Position inzwischen auch aus juristischen Kreisen in den Vereinigten Staaten. Die American Bar Association verabschiedete im Februar eine Resolution, die die Bundesregierung auffordert, alle Pläne für Tiefseebergbau in den Gewässern vor Guam, den Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa auszusetzen.

Nach Ansicht von Robert Underwood vom auf Guam beheimateten Think Tank Pacific Center for Island Security geht es dabei um mehr als Umweltpolitik. Der frühere Delegierte Guams im US-Kongress sieht hinter der Debatte einen grundlegenden Konflikt über politische Kontrolle und Ressourcen im Pazifik. In einer E-Mail erklärte er der *Jungle World*, Tiefseebergbau verursache »nicht nur für potentiell dramatische ökologische Schäden in einem Ozean, der seit Jahrtausenden die Lebensgrundlage der Inselgesellschaften bildet. Er ist auch Ausdruck eines älteren kolonialen Musters: Ressourcen werden extrahiert, dies aber nutzt nur externen Kreisen. Im Kern geht es um die Frage, wem diese Ressourcen gehören. Die US-Regierung ermöglicht nicht nur Eingriffe in die Umwelt rund um die Inseln, sondern stellt zugleich sicher, dass mögliche Gewinne vor allem externen Unternehmen zufließen – ohne lokale Kontrolle über Ressourcen oder deren Nutzung. Für die US-Territorien ist das ein doppelter Schlag.«

Ähnliche Kritik kommt aus Amerikanisch-Samoa. Dort warnen Juristen wie der bekannte Anwalt und Experte für die Rechtsgeschichte des Territoriums, Charles Ala'ilima, dass der US-Innenminister über weitreichende Befugnisse gegenüber der lokalen Regierung verfügt. Selbst heftige öffentliche Kritik könne daher politisch folgenlos bleiben. In Debatten über den Status der US-Territorien wird das Problem entsprechend zugespitzt formuliert: Die Regierung in Washington müsse lokale Einwände zwar zur Kenntnis nehmen, sei jedoch nicht verpflichtet, ihnen zu folgen.



Fühlt sich wohl in 10 000 Metern Tiefe: der Flohkrebs *Hirondellea gigas*

BILD:

WIKIPEDIA / DAIJU AZUMA / CC BY-SA 2.5

Globale Debatte über die Tiefsee

Der Konflikt steht zugleich im Zusammenhang mit einer größeren internationalen Auseinandersetzung über Tiefseebergbau. Viele pazifische Meeresregionen gelten als besonders

rohstoffreich, weshalb Staaten und Unternehmen immer mehr Interesse an einer industriellen Nutzung des Meeresbodens zeigen.

Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch, dass selbst begrenzte Eingriffe am Meeresboden langfristige Folgen haben können. Eine vielzitierte Untersuchung eines früheren Testfelds für Mineralextraktion im Pazifik ergab, dass sich Tierpopulationen selbst nach mehr als 25 Jahren noch nicht vollständig erholt hatten. Viele dieser Ökosysteme entwickeln sich extrem langsam: Manganknollen etwa wachsen nur wenige Millimeter in einer Million Jahren.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Internationale Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA), die im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens über den Abbau von Rohstoffen in internationalen Gewässern entscheidet. Die Behörde verhandelt derzeit über ein Regelwerk, das erstmals kommerziellen Tiefseebergbau erlauben könnte. Kritiker warnen jedoch, dass viele Fragen – etwa zu Umweltstandards, Haftung oder Gewinnverteilung – noch ungeklärt sind.

Zusätzlichen Druck für einen schnelleren Abbau erzeugte der kleine Pazifikstaat Nauru, der 2021 eine Klausel im Seerechtsübereinkommen aktiviert hatte. Sie verpflichtet die ISA, innerhalb von zwei Jahren Regeln für den Tiefseebergbau zu verabschieden oder Anträge auch ohne endgültiges Regelwerk zu prüfen. Bislang ist eine solche Entscheidung jedoch ausgeblieben, was die Unsicherheit über den künftigen Umgang mit den Ressourcen der Tiefsee weiter erhöht.

Unterdessen verfolgen einige Pazifik-Staaten eigene Strategien. So haben etwa die Cookinseln Explorationsprogramme für Rohstoffe in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone begonnen, während auch Länder wie die konstitutionelle Monarchie Tonga Interesse an möglichen Abbauprojekten signalisiert haben. Kritiker warnen deshalb vor einem Wettlauf um Tiefseeressourcen im Pazifik.

Gerade in den US-amerikanischen Pazifikterritorien verstärkt diese Entwicklung die Sorge, dass über den Ozean immer mehr nach geopolitischen und wirtschaftlichen Maßgaben entschieden wird, während die betroffenen Inselgesellschaften selbst kaum Einfluss auf diese Entscheidungen haben.

Doch die Vorstöße sind auch Ausdruck wachsender internationaler Rivalität im Pazifik. Kritische Mineralien gelten inzwischen als strategische Ressource, deren Kontrolle immer wichtiger wird.

Vertreter der US-Regierung argumentieren deshalb, sie müsse neue Rohstoffquellen erschließen, um nicht von China abhängig zu bleiben. Ein Großteil der weltweiten Kobaltproduktion stammt derzeit aus der Demokratischen Republik Kongo, während die Weiterverarbeitung vielfach in China stattfindet.

Der designierte US-Botschafter für Neuseeland, Niue, die Cookinseln und Samoa, Jared Novelly, sagte kürzlich vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats, der Pazifik müsse als »freier und offener Raum« gesichert werden. Dazu gehöre nicht nur eine stärkere militärische Präsenz der Vereinigten Staaten, sondern auch der Ausbau von Kooperationen bei kritischen Mineralien.

Besonders großes Interesse äußerte Novelly an den Rohstoffvorkommen. So verwies er darauf, dass sich unter den Gewässern der Cookinseln möglicherweise eines der größten Kobaltvorkommen der Welt befinde. Für die Vereinigten Staaten eröffne dies »eine außergewöhnliche Gelegenheit«, neue Lieferketten aufzubauen.

Alte Debatte in neuem Gewand

Für viele Bewohner der US-amerikanischen Pazifik-Territorien berührt die derzeitige Diskussion jedoch auch ein älteres Problem: den politischen Status ihrer Inseln. Während die US-Regierung im Pazifik geopolitisch Stärke demonstrieren will, sehen sich viele Menschen in Guam, den Marianen oder Amerikanisch-Samoa weiterhin als Bewohner eines politischen Zwischenraums – den Vereinigten Staaten unterstellt, aber ohne die gleichen Rechte wie US-Bürger zu besitzen. Der Streit über den Tiefseebergbau macht diese Spannungen deutlich. Er verbindet Fragen der Umweltpolitik mit grundlegenden Debatten über Selbstbestimmung, Ressourcen und politische Gleichberechtigung.

Ob der Meeresboden des Pazifiks tatsächlich bald industriell genutzt wird, ist noch unklar. Sicher ist jedoch schon jetzt: Für viele Inselbewohner geht es in dieser Auseinandersetzung nicht nur um Mineralien in der Tiefsee, sondern um die Frage, wer über die Zukunft des sie umgebenden Ozeans entscheiden darf.